

Aus der Vorstandssitzung

6. 6. 2001

Die Vorstandssitzung im Monat Juni leitete der Vizepräsident. Im 1. Tagesordnungspunkt wurden Personalangelegenheiten behandelt.

In der Diskussion zu gesundheits-, sozial- und berufspolitischen Problemen verständigten wir uns über den von Frau Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt ins Leben gerufenen „Runden Tisch des Gesundheitswesens“.

In sechs Arbeitsgruppen werden auch jeweils vier Vertreter der Bundesärztekammer präsent sein. Im Einzelnen wird man sich mit der Modernisierung der Arznei-, Heil- und Hilfsmittelversorgung und der Zukunft der Versorgung im Krankenhaus ebenso befassen, wie mit Strategien zum Ausbau sektorenübergreifender (integrativer) Versorgungsformen und der Weiterentwicklung der Qualität der Gesundheitsversorgung unter Nutzung evidenzbasierter Medizin und Pflege (Leitlinien). Außerdem sollen Konzepte zur Stärkung der Prävention und Strategien zur Zukunft der ambulanten Versorgung entwickelt werden.

In diesem Tagesordnungspunkt diskutierte der Vorstand außerdem folgende Themen:

■ Ernennung der Mitglieder des Nationalen Ethikrates,

■ Rezertifizierung der Facharztanerkennung: diese wird abgelehnt, weil damit keine Qualitätsverbesserung verbunden ist,

■ kollektive Haftung für Arzneimittelbudgets und

■ Bemühungen der Verbraucherschutzbünde das Arzthaftungsrecht einer Kodifizierung zuzuführen.

Dr. Günter Bartsch informierte, dass am 31. Mai 2001 im Kammergebäude eine Pressekonferenz zur Einführung des Patienteninformationssystems in Anwesenheit des Sächsischen Staatsministers für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie stattfand.

In der Vorbereitung des 104. Deutschen Ärztetages vom 22. bis 25. Mai 2001 in Ludwigshafen wurde noch einmal das konsensuelle Statement der Bundesgesundheitsministerin und ihre Aussage, keine Reformen ohne Beteiligung der betroffenen gesellschaftlichen Organisationen/ Institutionen zu verabschieden, erörtert.

Eine ausführliche Diskussion erfolgte zur Thematik: „Ausbeutung junger Ärzte“. In diesem Zusammenhang wurde eine

Reihe von Lösungsansätzen vorgetragen. Im Rahmen des Bündnisses Gesundheit 2000 im Freistaat Sachsen berichtete Frau Dr. Gisela Trübsbach über den Ost-Kassenärztetag in Berlin. Die nächste Protestveranstaltung ist für den 03.10. 2001 geplant.

Zum Stand der Vorbereitung des Deutsch-polnischen Symposiums vom 14. bis 16. 09. 2001 in Kreisau informierte Dr. Schmidt. Aus den Geschäftsbereichen war abermals eine Vielzahl von Vorlagen zu diskutieren und zu entscheiden. Sie reichten von der aktuellen Haushaltsinanspruchnahme, über berufsrechtliche Angelegenheiten und die Amtliche Gebührenordnung für Ärzte bis zur Stellungnahme zur Novellierung des Sächsischen Friedhofs- und Bestattungsgesetzes.

Zu vorgerückter Stunde hatte sich der Vorstand mit dem Dauerbrenner DRG (Berichterstatter Dr. Wolf-Dietrich Kirsch) zu befassen. Der Einführungsstermin zum 01.01.2003 wird mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht verschoben.